

# Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14-tägig erscheinenden Beilage „Der rote Stern“ und den Beilagen „Die Tribüne“, „Die Kommunistin“, „Der Kampfrot“, „Die rote Gleich“.

Gehört die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gattesberg, Nieder-Permsdorf, Seifendorf, Neu-Salzbrenn, Nieder-Salzbrenn, Weiskeln, Wülfegiersdorf.

**Anzeigenpreis:** Die 10-spaltige Mittelzeile ab. deren Raum 10 Goldspennig, Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Verlorene und Veramtlungsangelegen 5 Goldspennige. — Kleinanzeigen: Die Mittelzeile 3 gespaltig oder deren Raum im Text 50 Goldspennige

Sonnabend, 1. November 1924

**Abnahmepreis:** Bei wöchentlich 3-maligem Erscheinen monatlich 2,25 Sp. wöchentlich 60 Pf. Einzelheft 10 Pf. Einzelheft durch Briefpost u. A. d. d. 10 Pf. Redaktion und Expedition: Breslau, Trübner Straße 50. — Postkontonr. Breslau Nr. 81029 — Fernsprecher: Breslau, Ring 6557.

## Buchdrucker eröffnen den Kampf.

### Streik in Breslau mit 784 gegen 134 beschlossen. 90 Prozent Stimmbeteiligung.

Eine von sämtlichen Buchdruckergehilfen Breslaus beschlossene Allgemeine Versammlung im Gewerkschaftshaus nahm Stellung zu dem vom Reichsarbeitsministerium gestornen gefällten Schiedspruch. Das bisherige Lohnabkommen läuft bereits seit 31. Mai. Eine Aufbesserung der völlig ungenügenden Löhne ist von den Unternehmern stets mit dem Hinweis abgelehnt worden, daß das Gewerbe höhere Löhne nicht bezahlen könne, trotzdem der Lohnanteil an den Produktionskosten ganz unbedeutend ist. Die jetzt vom Reichsarbeitsministerium zugesprochene ganz geringfügige Lohnerhöhung soll bis 2. bzw. 31. Januar 1925 Geltung haben. Zu diesem Ergebnis nahm die heutige Allgemeine Versammlung Stellung. Nach dem kurzen Referat des Versammlungsvorganges kam die Mißstimmung der Versammlung dadurch zum Ausdruck, daß der Schiedspruch einstimmig abgelehnt wurde. Ein Antrag aus der Versammlung, der sofortige Arbeitsniederlegung verlangte, wurde in gefeilter Abstimmung mit 784 gegen 134 Stimmen angenommen. Da das bisherige Lohnabkommen bis zum 31. Oktober lief, befindet sich die Lohnfrage der Buchdrucker in der Schwebe.

Die Gehilfen warten schon seit Kriegzeiten auf einen einigermaßen auskömmlichen Lohn und sind entschlossen, wenn es die andere Seite will, ihren gerechten Forderungen, welche das Gewerbe ohne Belastung der breiten Masse sehr wohl tragen kann, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln Nachdruck zu verleihen.

Bevor die Unternehmerschaft nicht sämtliche Forderungen der Streikenden bewilligt hat, ist an einen Abbruch des Kampfes nicht zu denken.

Die Buchdrucker Breslaus haben den Kampf eröffnet. Sie haben trotz aller Bremsversuche der Gewerkschaftsführer erkannt, daß alle Verhandlungen nichts nützen, wenn nicht der Streik ihnen Nachdruck verleiht. Als erste Buchdrucker des Reichs haben sie den Fehdehandschuh der Unternehmer aufgenommen. Sie fordern eine

**33 1/2-prozentige Lohnerhöhung**

angesichts der

**Lebensmittelpreiserhöhung um etwa 70 Prozent**

eine sehr bescheidene Forderung. Aber die Bringwale, die Preisgewinn während der günstigen Konjunktur eingesackt haben, bezweigen jede Lohnerhöhung. Sie lehnen den alten Herrschaftspunkt hervor. Die Buchdrucker, die hinter den meisten Industriegruppen im Lohn zurückgeblieben sind, sollen weiter hungern.

Doch die Buchdrucker haben erkannt, daß, wenn sie jemals Lohnforderungen durchsetzen wollen, sie es nur in der Periode günstiger Konjunktur tun können. Sie besäßen unbedingt auf ihren Forderungen und werden sie, entgegen allen Flaumachern, durchkämpfen. Nur eine kurze Zeit einig und geschlossen ausharren, und der Sieg ist ihnen gewiß.

In der gestrigen Versammlung der Buchdrucker haben die Anwesenden beschlossen, daß von heute ab alle Zeitungen ihr Erscheinen einzustellen haben, außer den beiden Arbeiterblättern „Volkswacht“ und „Arbeiter-Zeitung“. Nur die „Schlesische Zeitung“ macht eine unerhüllige Ausnahme. Ein Teil der Belegschaft, die größtenteils gelb ist, läßt sich wieder einmal von den Unternehmern mißbrauchen. Daher erscheint heute morgen die „Schlesische Zeitung“ noch ein letztes Mal.

Heute morgen um 9 Uhr findet eine Streikerversammlung sämtlicher Buchdrucker statt. Ihre Aufgabe ist es, den Kampf nochmals zu befruchten und, wenn nötig, zu verschärfen. Ohne Kampf kein Sieg!

Die Metallarbeiter, einstmals der Vortrupp des organisierten Proletariats, haben sich bei der letzten Tarifverhandlung mit 3 Pfa. Lohnerhöhung abfinden lassen und haben dafür den Neunstundentag geschluckt. Nicht besser steht es bei den anderen Berufen. Sie, die über die Buchdrucker spotteten, lassen sich heute von den Buchdruckern beschämen. Dabei stehen die Löhne der gesamten deutschen Arbeiterschaft, insbesondere der schlesischen, weit unter dem Existenzminimum, das für die vergangene Woche 67 Mark beträgt.

Die Buchdrucker haben demzufolge nur zwei Drittel des Existenzminimums.

Zwei Drittel dessen, was ein arbeitender Mensch unbedingt zum Leben braucht. Ähnlich steht es bei den anderen Berufen. Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft ist es daher, sich das Existenzminimum zu erkämpfen, den Kampf der Buchdrucker mit allen Mitteln zu unterstützen und ihn zu ihrem eigenen Kampf zu machen.

Die Kampfplage ist für die Buchdrucker günstig wie noch nie. Wahrscheinlich stehen bereits mehrere größere Städte im Kampfe.

Unsere Parole muß sein: **Verbreiterung des Kampfes auf das gesamte Buchdrucker-gewerbe!**

**Unterstützung des Streiks durch das gesamte deutsche Proletariat!**  
Ausharren bis zum Sieg!

## Die Kommunisten im Dawes-Reichstag.

Von Ruth Fischer.

Reichstagswahlen und zu gleicher Zeit Landtagswahlen in Preußen und in Hessen, vielleicht auch noch Stadtverordnetenwahlen in Berlin; eine solche Fülle von Wahlen und „Demokratie“ auf einmal ist ein bißchen viel. Die Arbeiter in den Fabriken, die armen Bauern auf den Feldern werden sich verwundert fragen, warum denn nun gerade jetzt alle Wahlen stattfinden. Der Grund ist ganz einfach und klar: Man will eine „dauerhafte“ Regierung unter Dach und Fach bringen, bevor der Winter richtig eingesetzt hat und bevor die Auswirkungen des Dawes-Schnittens auf die breiten Massen, die mühsam durch Belagerungszustand, Justizterror und Verfolgungen der Arbeiterschaft erkaufte „Ruhe und Ordnung“ wieder stören zu können. Die Bourgeoisie mißtraut ihrer getreuen Sozialdemokratie, fühlt sich keineswegs sicher auf dem nur allzu schwankenden Grund ihres Dawes-Friedens und ihres Stabilisierungsschwinds. Deshalb ist die Frage, mit welcher Regierung man die schon begonnene Arbeit „vollendet“, für sie eine sehr wichtige Frage. Der Kampf um diese Regierung, die Frage, wie diese Regierung aussehen soll, wie man sie am besten bildet, um die Arbeitermassen zu unterdrücken, auszubuten und zu betrügen, das ist die Frage des Wahlwinters 1924. Besonders heftig tobt die SPD. Die SPD möchte ja zu gern dabei sein, wenn die neue Regierung gebildet wird. Die SPD möchte gar zu gern mitregieren. Und da geht es besonders gegen die Kommunisten her und gegen die Kommunisten im Reichstag. Die SPD braucht Mandate, um wieder auf die Ministerbank zu kommen, und in diesem Wahlkampf werden alle alten Lehnstühle, alle „erprobten“ Methoden des Kampfes gegen den Bolschewismus wieder herbeigeholt werden: Rußland, die Kommunistische Internationale, die Spaltungsabsichten“ nicht der Amsterdamer, rein, der Kommunisten, die Bomben, Scherke, und was es sonst noch an schönen und nützlichen Dingen gibt, die man im Kampfe gegen den Kommunismus verwenden kann. Diese Hehe vereint sich mit der „Entlastungsoffensive der Reaktion“, wie der „Vorwärts“ sich wüßig ausdrückt, worunter der „Vorwärts“ die Verhaftung sämtlicher kommunistischer Abgeordneter und kommunistischer Führer versteht. Eine Entlastungsoffensive für die Sozialdemokratie ist diese Verfolgungskampagne, die zum großen Teil von sozialdemokratischen Ministern und Polizeipräsidenten durchgeführt wird, allerdings. Auf diese Weise hofft die SPD, aller Verleumdungen über die kommunistische Reichstagsfraktion ungehemmt von jeder Auseinandersetzung mit den Abgeordneten selbst entfalten zu können.

Dazu gibt Herr Ebert den sozialdemokratischen Arbeitern in den Betrieben, die ob solches „demokratischen“ Aufstakts zum Wahlkampf sehr verwundert sind, als Beruhigungspflaster die „Aufhebung des Belagerungszustandes“!

### II.

Die Kommunistische Partei geht in jeden Wahlkampf hinein nicht wegen des Mandatschachers, sondern um die Massen aufzurufen zu einer gewaltigen Demonstration für den Kampf zum Sturze der Bourgeoisie, für die Revolution.

Die Kommunistische Partei geht ins Parlament, um dort ohne jedes Bündnis mit den bürgerlichen Parteien unentwegt die Interessen der arbeitenden Massen zu vertreten. Das ist den Herren Sozialdemokraten gewaltig auf die Nerven gefallen. Die größte Stärke der Sozialdemokratie bestand doch darin, im Parlament korrupte Koalitionspolitik zu treiben mit den bürgerlichen Parteien und in den Fabriken und Gewerkschaftsversammlungen „radikal“ und arbeiterfreundlich aufzutreten. Je mehr Kommunisten aber im Reichstage sind, desto mehr können sie aus der Nähe das schöne Treiben der Sozialdemokraten und ihre herüberliche Gemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien beobachten. Das haben die Kommunisten im neuen Reichstage getan. Und darüber tobt die SPD sehr heftig. Und jetzt ein paar fröhliche Nummern in die Welt, um die unangenehme Kontrolle loszuwerden.

Am allerlächerlichsten macht sich die Sozialdemokratie, wenn sie sich aufspielen will als die Hüterin des parlamentarischen „Anstandes“ und des „guten parlamentarischen Benehmens“. Man denke einmal, wie fürchterlich die Kommunisten wollen absolut keine Salomaniern lernen! Die Sozialdemokraten waren alle anrüchlich über die parlamentarischen Ripel von der kommunistischen Fraktion, die sich auf dem Parkett des Reichstages genau so bewegen wie in den Fabriken, aus denen sie zum größten Teile gekommen waren, oder wie in der Volksversammlung. Wenn man schon einmal in eine Arbeiter-versammlung gehen muß, da können die Dittmann, Scrippien, Weis, Hermann Müller und wie sie alle heißen mögen, schon noch ein paar alte Löhne aus der Jugendzeit der Sozialdemokratie herunterletern. Aber im Parlament, da benehmen sie sich fein, anständig, manierlich und gut (von der Bourgeoisie) erzogen. Die kommunistische Fraktion verpricht aber den Arbeitern, sie wird den par-

## Lohnabbau, Arbeitszeitverlängerung, Absperrung.

(Eigene Drahtberichte)

**Amsberg, 1. November.**

Die Amsberger Kohlewärke haben ihrer gesamten Belegschaft von 3000 Mann zum 1. November gekündigt. Das Zarischkommen läuft am selben Tage ab. Die Direktion verlangt in einem Auftr. g. daß sich die Arbeiter verpflichten, vom 1. November an 12 Stunden zu arbeiten.

**Schweizer, 1. November.**

Die Unternehmer des Braunkohlensiebers stoßen vor. Der Schweizer Bergwerkverein fordert 10 Prozent Lohnerhöhung und Verlängerung der Arbeitszeit für die Untertagearbeiter auf 8 1/2 Stunden. Falls die Belegschaft die Forderungen der Unternehmer ablehnen sollte, drohen diese mit Stilllegung der Zeche. Die Arbeiter von Schweizer jedoch erklären, nicht wankend trotz der Drohungen der Unternehmer, ihre Bereitschaft zum Kampf gemeinsam mit den anderen Bergarbeitern.

**Quisburg, 1. November.**

Die Kran- und Hasenarbeiter Quisburgs haben den Streik gekündigt. Sie: Kündigung beruhten die Unternehmer, um eine Herabsetzung der Lohnhöhe um 30 Prozent zu verlangen. Trotz dieser unerhörten proletarischen Forderung erklärten sich die Führer des Deutschen Verkehrsvereins zu Verhandlungen bereit.

## Fritz Hedert verhaftet.

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 1. 11. 24.

Freitag morgen verhaftete die Berliner Kriminalpolizei den Gewerkschafter Fritz Hedert. Untersuchungsrichter Bogt beschuldigt ihn der Vorbereitung des Hochverrats, da er angebliches Mitglied der Reichszentrale der KPD sei, der er in Wirklichkeit niemals angehört hat. In dem großen Moasteprozess gegen die KPD soll Hederts „Verbrechen“ geahndet werden.

## Lauende von Jahren Gefängnis!

Der Florentiner Eisenbahnerprozess.

Berlin, 1. November.

Das Florentiner Schwurgericht verhandelte am Freitag gegen 132 italienische Eisenbahner, die noch vom großen Eisenbahnerstreik im Jahre 1921 in Untersuchungshaft saßen. So Jahren 34 zu Gefängnisstrafen von 3 bis 12 Jahren und die anderen zu geringeren Gefängnisstrafen verurteilt.

## Macdonald rühmt sich seines Antibolschewismus.

Frederick Macdonald erhielt er keine Wahlunterstützung der Bourgeoisie.

Mac Donald erklärte in einer Wahlrede: Die bürgerlichen behauptigen uns einen Kampf gegen den Bolschewismus nicht zu führen. Sucht in den Bibliotheken nach, ob es Bücher von ernstem bürgerlichen Politikern gibt, die sich mit dem Bolschewismus beschäftigen. Alle Schriften sind von der Arbeiterpartei geschrieben. Auf internationalen Konferenzen waren es nicht bürgerliche, sondern Arbeiterführer, die den Bolschewismus entgegentreten. Wenn es eine bolschewistische Gefahr gibt, kann es nur eine Arbeiterregierung sein, die sie unterdrücken kann.

## Ultimatum der österreichischen Eisenbahner.

Wien, 1. November.

Sie Vertreter der österreichischen Eisenbahner haben der Regierung der Bundesstaaten ein Ultimatum gestellt, indem sie eine Lohnerhöhung verlangen. Bei Ablehnung ihrer Forderung erklären sie, in den Streik zu treten.

Die SPD entbede in Klein eine Spionageorganisation, die von den Führern und Angehörigen der polnischen Dptation... (Fortsetzung folgt)

Die Herriotpresse gegen den Georgienwindel

Die „Frei-Neubelle“, das offizielle Organ Herrlots widmet ihren Leitartikel den menschenwürdigen Georgiern... (Fortsetzung folgt)

Nachdem schon bürgerliche Blätter zugeben mußten, daß die „Volkshebung“ in Georgien nur ein kleiner mißglückter Aufstand... (Fortsetzung folgt)

Die englische Sozialdemokratie brandmarkt den Wahlterror der SPD

Unter dem Titel: „Deutsche Sozialdemokratie verhaftet — Vorkämpferpressen gegen die Kommunisten — Die Faschisten strafflos“ schreibt „Daily Herald“, das Organ der englischen Sozialdemokratie:

Der Ausbruch des Reichstages folgte eine scharfe Aktion der Polizei gegen die kommunistischen Abgeordneten... (Fortsetzung folgt)

Im scharfen Gegensatz zu dieser Verfolgung steht die völlige Straflosigkeit der Faschisten, die im Vorjahre unter dieselbe Anklage gestellt wurden... (Fortsetzung folgt)

Jedem sozialdemokratischen Arbeiter muß diese Ausprägung der Feltung der englischen Sozialdemokratie bekanntgegeben werden... (Fortsetzung folgt)

Gefängnisse als Sanatorien

Der deutsche Arbeiter wird die Photographien sowjetrussischer Gefängnisse in unserer Beilage vielleicht für geschäftlich halten... (Fortsetzung folgt)

Auch hätte ja die sozialdemokratische Presse die Behauptungen des russischen Menschtewil da n wiedergegeben... (Fortsetzung folgt)

Dan behauptete, es handele sich um viele Jahre alte Photographien von Klosterzellen... (Fortsetzung folgt)

Aber sollte eine Belegschaft, eine Werkschaft oder irgend eine proletarische Organisation von der Schtheit der Bilder und der Beschreibungen des russischen Strafvollzuges zweifeln... (Fortsetzung folgt)

Ein Sozialdemokrat über die russische Revolution

Paul Besi gegen Friedrich Adler

„Wir leugnen keinen Augenblick: für uns ist die russische Revolution doch das größte Faktum der Krieges- und Nachkriegszeit... (Fortsetzung folgt)“

Paul Besi in der „Sozialistischen Korrespondenz“

Die Lage in China

In China muß man fünf große Landesteile unterscheiden: den Nordosten, die Mandschurei, die unterfranzösische und japanische Einfluß... (Fortsetzung folgt)

Der Nordosten, mit den Escheking-Gruppen, dem Militärregiment Tschang-Tso-Tsin und Luan-Schi-Sui... (Fortsetzung folgt)

Jetzt hat der christliche General Feng-Tu-Chiang, der bisher der Peking-Regierung unterstand... (Fortsetzung folgt)

Zwar sind beide kämpfende Parteien Gegner Chinas, immerhin, da Japan und Frankreich schwächer als Amerika und England sind... (Fortsetzung folgt)

Die Amerikaner und mit ihnen die übrigen Imperialisten wollen sich über China den Weg nach Moskau bahnen... (Fortsetzung folgt)

Die Kommunistenverhaftungen in Polen

Wie die bürgerliche Presse meldet, haben im Kohengebiet von Kondrowa neue Verhaftungen von Kommunisten stattgefunden... (Fortsetzung folgt)

lamentarischen Zustand“ und die Salonmankener nicht lernen, sondern sie wird ihre offene Feindschaft gegen die bürgerliche Klassengesellschaft mit allen Mitteln innerhalb und... (Fortsetzung folgt)

Eine zweite, sehr beliebte SPD-Walze ist, daß die Parlamentarier der SPD nicht so gute „sozialistische“ Arbeit im Parlament leisten wie die alte, brave, bewährte Partei der „Ruhe und Ordnung“, der Reiner und... (Fortsetzung folgt)

Uebershaupt machen sie ihre Stellung zu sozialen Fragen niemals von der Frage der sogenannten „gerechten“ Lastenverteilung abhängig, sondern gehen einzig und allein von dem Grundsatz aus: alle Lasten auf die... (Fortsetzung folgt)

Einmal war die SPD auch eine Arbeiterpartei, bis das fürchterliche Erdbeben des Weltkrieges kam... (Fortsetzung folgt)

Einige Fragen an die Proletariat des Reichsbanners

Billigen es die Arbeiter im Reichsbanner, daß Denkmalsfeiern zur Erinnerung an den im heroischen Krieg abgehalten werden und obendrein noch gemeinsam mit dem Stahlhelm?

Billigen es die Arbeiter im Reichsbanner, daß bei einem Meuterei des Stahlhelms auf sie die „republikanische“ Schupo... (Fortsetzung folgt)

Billigen es die Arbeiter im Reichsbanner, daß der „Demokrat“, Polizeipräsident Kleibömer, der Freund der Sozialdemokratie gegen die Reichsbannerleute einschreitet?

Billigen es die Arbeiter im Reichsbanner, daß ihre eigenen Bundesgenossen, Zentrum und Demokraten, in der Presse eine anständige Heze gegen sie entfachen?

Was wollen die Arbeiter im Reichsbanner in Zukunft tun, um über die Faschisten zu siegen?

Wollen sie weiter in Einheitsfront mit Sozialdemokratie Zentrum und Demokraten oder mit der gesamten Arbeiterschaft unter Führung der SPD kämpfen?

Wieder ein Jugendhausurteil

Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts hatte sich heute der 20jährige Schlossergeselle Hermann Straßer und... (Fortsetzung folgt)

Berschwörer und Revolutionäre

Zwischenzeichnungen von M. Kaniowski, Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin

Es gab eine Zeit, da ich berüchtigt gewesen war... (Fortsetzung folgt)

Dem weiteren Publikum ist er bekannt geworden durch einen öffentlichen Vortrag bei einer Universitätsfeier... (Fortsetzung folgt)

Es entstand ein Sammel, man ließ ihn nicht weiterreden... (Fortsetzung folgt)

haldis vor Verfolgung schützte. Als Sohn eines reichen Bankiers hatte ich meine Zeit Geldmittel reichlich zur Hand... (Fortsetzung folgt)

In diese „Höhle des Entzins“ schleppte mich Sie... (Fortsetzung folgt)

„Wieder hier, Signorina?“, sagte er. „Und wieder... (Fortsetzung folgt)“

„Katja“, rief ich... (Fortsetzung folgt)

Hier sollte ich nun die nächsten Wochen verbringen... (Fortsetzung folgt)

## Die Wirtschaftslage Englands.

### Der Sturz der „Arbeiterregierung“ und die Zuspitzung der Klassengegensätze.

K. M. Die englische Bourgeoisie hat die Arbeiterregierung nicht wegen des Kommunisten Campbell gestürzt. Campbell war nur der Anlaß, nicht die Ursache des Sturzes. Sie hatte überhaupt keinen Grund, mit der bisherigen Amtsführung Macdonalds unzufrieden zu sein, denn er ist nie von der Linie bürgerlicher Politik abgewichen. Selbst der Abschluß des englisch-russischen Vertrages, den Macdonald unter dem Druck der Arbeiter unterzeichnete, mag nicht der letzte und einzig ausschlaggebende Grund zum Sturz seiner Regierung gewesen sein, da ja die englische Bourgeoisie die Macht hat, die Durchführung des Vertrages, insbesondere der Anleihe, zu sabotieren.

Die Bourgeoisie hat Macdonald vielmehr gestürzt, weil sie befürchten mußte, daß die bei der allgemeinen Zuspitzung der Klassengegensätze radikaler gewordenen englischen Arbeiter ihre „Führer“ zwingen würden, in der Zukunft Maßnahmen zu treffen, die ihr der Bourgeoisie, unangenehm werden könnten. Denn es mehren sich die Stimmen derjenigen Arbeiter, die enttäuscht darüber waren, „daß die Regierung sich nur an der Regierung und nicht an der Macht befindet“, und die tatsächliche Ergreifung der Staatsmacht verlangten.

Deshalb bedeutete „auch nur Stehenbleiben auf dem Grad der bestehenden Klassengegensätze bei Vorhandensein einer auch nur sogenannten „Arbeiterregierung“ eine Zuspitzung“ für die Bourgeoisie; die Macdonald-Regierung wurde gestürzt.

Die industrielle Depression, aus der England nicht herauskommt, beschleunigt den Radikalisierungsprozeß der Arbeiter. Die Klassengegensätze verschärfen sich in rascherem Tempo als bisher und die Arbeiterschaft wird sich allmählich ihrer Klassenlage mehr bewußt.

Unmittelbar geht dies hervor aus der verhältnismäßig großen Zahl der Streiks.

Im August d. J. wurden von dem Arbeitsamt über 50 Streiks festgestellt, während annähernd dieselbe Zahl noch zu Anfang August vom Vormonate her im Gange waren.

Lohnabbau bei steigenden Preisen, besonders für Lebensmittel — der Großhandelsindex des „Economist“ betrug im September 184,4 gegenüber 190,4 im August — und vor allem die große Arbeitslosigkeit trugen und tragen noch weiter dazu bei, den Arbeitern die illusionären Hoffnungen, die sie auf die „Arbeiterregierung“ gesetzt hatten, zu nehmen. Gegenwärtig dürften wohl schon über 2 Millionen Menschen beschäftigungslos sein. Die amtlichen Berichte, die für die 2. Oktoberwoche die Zahl von 1 231 294 Köpfe angeben, erfassen nur die gegen Arbeitslosigkeit versicherten Arbeiter.

### Die Wirtschaftskrise.

#### 1. Eisen- und Stahlindustrie.

Teile der englischen Bourgeoisie, in deren Auftrag Macdonald den Dawes-Plan angenommen hatte, hatten gehofft, daß mit seiner Annahme eine Besserung in den wirtschaftlichen Verhältnissen einsetzen werde. Aber die industrielle Lage hat sich seitdem nur noch weiter verschlechtert.

Ganz besonders ungünstig ist die Lage der Eisen- und Stahlindustrie. Von den vorhandenen 484 Hochöfen waren Ende September nur noch 170 im Feuer. Die Roheisenproduktion betrug im September 562 200 t gegenüber 588 000 t im August und 622 000 t im Juli. Der Monatsdurchschnitt 1913 betrug 869 000 t.

Die englische Ausfuhr an Eisen und Stahl blieb in den ersten neun Monaten dieses Jahres mit unter drei Millionen Tonnen um eine Viertelmillion Tonnen gegen die gleiche Zeit des Vorjahres zurück. Der Monatsdurchschnitt betrug im vorigen Jahre 353 463 t gegen 414 100 t in der Vorkriegszeit, in diesem Jahre dagegen nur 325 462 t.

Die Absatzschwierigkeiten dieser Industriezweige erklären sich im wesentlichen aus folgenden Momenten:

- aus der starken Ausdehnung der französischen und belgischen Eisen- und Stahlindustrie (Kriegsindustrie);
- aus der ungeheuren Entwicklung der amerikanischen Industrie, die zu einer mächtigen Konkurrentin geworden ist. Dabei fällt besonders ins Gewicht, daß die amerikanischen Waren vielfach die ehemals englischen überseeischen Märkte erobert haben. Vor dem Krieg gingen nur 5,6 Prozent der amerikanischen Ausfuhr nach Asien, im Wirtschaftsjahr 1923-24 13 Prozent. Hinzu kommt der verhältnismäßige Konjunkturaufschwung in den USA, in den beiden letzten Monaten, der eine Abwälzung der Absatzschwierigkeiten auf die anderen Länder, und besonders auf England bedeutet;
- erklärt sich die ungünstige Lage in diesem Zweig aus der Industrialisierung der Kolonien. Australien zeigt (1912-1921) ein ständiges und gewaltiges Anwachsen der Produktion von Eisenerz (um 500 Proz.), von Roheisen (966 Proz.) und von Stahl (771 Proz.). In Südafrika ist die Stahlproduktion von 1921-1923 um 54 Prozent gewachsen. In Indien ist die Herstellung von Roheisen (1922) seit der Vorkriegszeit (1914) um 45 Prozent, die von Stahl um 21 Prozent gewachsen. Dementsprechend ist bei Eisen und Stahl der Rückgang, den die Ausfuhr des Mutterlandes nach seinen Besitzungen erlitten hat, ganz gewaltig. Aus dem Rückgang der Gesamtausfuhr an Eisen und Stahl in den Jahren von 1913 bis 1922 um 46 Prozent, sind die Kolonien mit 44 Prozent und die Dominions mit 59 Prozent beteiligt. Das sagt genug.

#### 2. Kohlenbergbau.

Ebenso ungünstig wie die Lage der Eisenindustrie ist die Lage des Kohlenbergbaus. Die ganze europäische Kohlenwirtschaft befindet sich ja in großen Absatzschwierigkeiten infolge Rückgang des Kohlenverbrauchs als Folge der industriellen Depression. Gerade der englische Kohlenbergbau wird aber dadurch besonders stark getroffen (deutsche Reparationslieferungen). Die englische Förderung zeigt einen beträchtlichen Niedergang. Und zwar in neun Monaten um 12 630 340 t. Die Verschiffungen nach Deutschland fielen in dieser Zeit um 6 174 884 t; nach Frankreich um 2 940 438 t, nach Belgien um

2 494 037 t, nach Holland um 2 468 337 t und nach Italien um 754 349 t, insgesamt um 14 832 045 t.

An Wert fiel die Kohlenausfuhr von 7 824 126 Pfund im August auf 5 736 344 Pfund im September. Innerhalb von 9 Monaten beträgt der Rückgang 19 557 361 Pfund.

Am 27. September allein wurden in Northumberland 26 Gruben und im Durchschnitt 48 Gruben geschlossen.

Ueber die Verluste von Ueberseemärkten meldet der „Economist“ folgende Einzelheiten:

Die englische Kohlenausfuhr nach Afrika ist auf ein Zehntel, nach Indien um die Hälfte, nach dem fernen Osten um ein Drittel und nach Mittelamerika auf weniger als ein Zehntel des Vorkriegsvolumens zurückgegangen. Diese Erscheinung ist zu einem Teil die Folge der Erschließung von eigenen Kohlenschätzen in den genannten Gebieten, zum Teil haben die USA, oder andere näher gelegene Produzenten die ehemals englischen Absatzmärkte erobert.

Wenn zwar von einer ernsthaften Konkurrenz der amerikanischen gegen die englische Kohlenindustrie nicht die Rede sein kann, da die Hauptmenge der von USA produzierten Kohlen im Inland verbraucht werden, so fällt doch immerhin ins Gewicht, daß Amerika seit dem Kriege steigende Kohlenmengen auch ausführt. Im Durchschnitt der Jahre 1910-1914 betrug die Kohlenausfuhr 53 Mill. Dollar, im Wirtschaftsjahr 1923-24 betrug sie dem Vorkriegswert nach (also mengenmäßig) 65 Mill. Dollar (dem Gegenwertswert nach 128 Mill. Dollar).

#### 3. Textilindustrie.

Die Lage der englischen Textilindustrie ist nicht weniger trostlos, als die Lage in der übrigen Industrie.

Jahrelang vor dem Kriege hatte diese Industrie überhaupt keine Beschäftigungslosigkeit aufzuweisen gehabt, und der Prozentsatz der Beschäftigungslosen stieg selbst während des Krieges und der Nachkriegszeit selten über 2 Prozent. Heute ist in der wichtigsten Industrie des Nottingham-Distrikts eine Beschäftigungslosigkeit von über 10 Prozent unter den männlichen Arbeitern und von 8 Prozent unter den weiblichen Arbeitern vorhanden. Von den übrigen Arbeitern der Industrie sind etwa die Hälfte Kurzarbeiter verschiedensten Grades, wobei der Umlauf der Kurzarbeit sich von ein bis vier Tage in der Woche stellt.

Die Produktion von Baumwollfabrikaten die im Monatsdurchschnitt 1913 596 Mill. square yards betrug, belief sich im Juli 1924 auf 384 Mill. sq. y. und im August auf 374 Mill. sq. y. Als Ursache der Absatzkrise in dieser Industrie erscheinen:

- die Entwicklung der französischen Textilindustrie, deren Produkte immer mehr nach Deutschland eingedrungen sind, das früher ein Hauptabnehmer der englischen Textilindustrie gewesen ist, besonders für Garne und Gewebe;
- die Entwicklung der Textilindustrie in den Vereinigten Staaten, die sich nicht mehr nur damit begnügen, Robbaumwolle auszuführen, sondern zur Eigenproduktion von Baumwollgarnen übergegangen sind.

1913 gab es in England 55 Millionen Spindeln, in den USA erst 29 Mill. Spindeln, aber während bis zum 1. Januar 1924 die Zahl der Spindeln in England sich nur auf 56,7 Millionen erhöht hat, hat sie sich in Amerika von 29 auf 37,7 Millionen, also viel schneller erhöht.

Die Ausfuhr von Rohbaumwolle, die in den Vereinigten Staaten im Durchschnitt der Jahre 1910-1914 552 Mill. Dollar betragen hat, betrug im Wirtschaftsjahr 1923-24 nur 368 Mill. Dollar.

Dafür aber machte die Ausfuhr von Baumwollgewebe statt 27 Mill. Dollar 39 Mill. Dollar (Vorkriegswert) aus.

Damit steht Amerika in Konkurrenz mit England, das bisher das führende Land in der Baumwollverarbeitung war;

3. kommt für die dauernde Stagnation in der englischen Textilindustrie wieder die Industrialisierung der überseeischen Länder als Ursache in Betracht.

Besonders in Indien, Japan und China sind Baumwollindustrie entstanden.

Japan besaß 1913 2,4 Millionen Spindeln, am 31. Januar 1924 4,7 Millionen Spindeln.

Indien besaß 1913 6 Millionen Spindeln, 1924 8 Millionen Spindeln.

China produzierte 1913 400 000 Ballen Baumwollgarn, 1922 1 500 000 Ballen Baumwollgarn. Es besaß 1913 1 Million Spindeln, 1924 3,3 Millionen Spindeln.

Die Lage der englischen Industrie ist durch diese Daten hinreichend beleuchtet.

### Die Weltkrise des Kapitalismus.

Aber damit gleichzeitig geben diese Zahlen im Ausschnitt ein Bild der Weltwirtschaftskrise und zeigen die Ursachen auf, die unsere Behauptung rechtfertigen, daß der Kapitalismus als Ganzes aus dieser Krise nicht mehr herauskommt.

In der Wembley-Ausstellung des britischen Imperiums fragte ein Fabrikant angesichts des ungeheuren Warenreichtums besorgt: „Wer soll kaufen, wenn alles nicht nur konsumiert, sondern auch produziert?“

Das ist die Sprache des Vulgärokonomen, aber was gemeint ist, ist richtig: im gesetzmäßigen Lauf der Entwicklung gräbt sich das Kapital durch die schnell fortschreitende Industrialisierung der Welt die Grundlagen seiner Existenz selbst ab. Die allgemeine Ueberproduktion an Kapital läßt seine Verwertung innerhalb der kapitalistischen Profitschranke auf immer engere Schranken stoßen, bis die proletarische Revolution diese Schranke weggeräumt und den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft möglich macht.

## Die Verdrängung der deutschen chemischen Industrie vom Weltmarkt.

Wir haben in der „Roten Fahne“ schon darauf hingewiesen, daß die amerikanische Farbstoffindustrie sich so stark ausgedehnt hat, daß sie einen großen Teil des amerikanischen Bedarfs zu decken imstande ist, während vor dem Krieg die Vereinigten Staaten auf die deutsche Farbstoffeinfuhr angewiesen waren. Und wir fügten hinzu, daß die Schwierigkeiten der allkapitalistischen Länder um so größer werden, je mehr die Länder, die vor dem Krieg fremde Fertigfabrikate aufnahmen, ihre eigene Industrie entwickeln. Denselben Prozeß, den wir für die amerikanische Farbstoffindustrie anführen konnten, können wir auch für die französische Farbstoff- und Stickstoffindustrie feststellen.

In diesen beiden Produktionen könnte die chemische Industrie Frankreichs in kurzem sich unabhängig machen vom Bezug aus Deutschland. In der Farbstoffindustrie hat man bereits seit 1921 die Selbstversorgung im wesentlichen erreicht. Die Abhängigkeit vom Ausland besteht nur noch in einer Reihe von weniger bedeutenden Farbstoffen. Der Anteil des Imports am Inlandskonsum, der 1920 noch 46 Prozent betragen hatte, sank im Jahre 1923 auf 12 Prozent und in diesem Jahre auf 5 Prozent. Die Farbstoffversorgung Frankreichs sieht folgendermaßen aus (in Tonnen):

	Jahresproduktion	Import
im Jahre 1920	7 056	5 088
im Jahre 1921	5 869	1 148
im Jahre 1922	8 067	1 797
im Jahre 1923	10 000	1 371
im 1. Halbjahr 1924	8 000	450

Wie ein kürzlich erschienener Artikel „Journée industrielle“ auseinandersetzt, ist die Produktionsfähigkeit der französischen Industrie aber viel größer als die tatsächlich erreichte Produktionsziffer im Jahre 1923.

So konnte die „D. A. Z.“ vor kurzem schreiben:

„Es zeigt sich immer klarer, daß Deutschlands Exportindustrie der Weg auf den Weltmarkt gründlich verbaut worden ist. Selbst wenn es ihr möglich wäre, mit Hilfe von ausländischen Krediten ihre Produktion gewaltig zu vergrößern, so würde sie doch nicht entsprechende Nachfrage nach ihren Erzeugnissen vorfinden und deshalb sehr schnell zusammenbrechen. Die ausländische Industrie ist derart erstarbt, daß sie nicht nur den Landesbedarf in den eigenen Ländern in erhöhtem Maße selbst decken kann, sondern auch in erhöhtem Maße exportfähig geworden ist. Das Ausland strebt nicht nur mit allen Mitteln danach, die deutsche Ware von sich möglichst fernzuhalten, sondern Deutschland als Absatzgebiet für seine eigenen Fertigwaren in größerem Umfang wie vor dem Kriege zu gewinnen. Die deutsche Industrie wird daher nicht nur auf dem Weltmarkt, sondern mit der Zeit auch auf dem Inlandsmarkt in Bedrängnis kommen.“

Dawes-Pakt, Zölle und Handelsverträge dienen zu diesem Zweck. Nach den Londoner Beschlüssen muß Deutschland über die Frist des Versailler Vertrages hinaus auf noch 34 Jahre vom 1. Januar 1925 ab an Frankreich Farbstoffe und

Farben liefern. Dieser Tribut ist selbst nach bürgerlichen Einverständnissen („Frankfurter Zeitung“ vom 24. Oktober, 1. Morgenblatt) dazu bestimmt, der französischen chemischen Industrie „auf fremde Kosten eine notwendige Entwicklungspause zu schaffen“.

Diesem Sinn haben die unerhört hohen Wert- und Gewichtszölle auf Farbstoffeinfuhren in den Vereinigten Staaten, die Vorschriften bei der Lizenzverteilung in England oder einfach der deutsche Tribut bis zu einem Viertel unserer lautenden Erzeugung, über deren Höhe die Reparationskommission den Verbrauchern in Frankreich und anderwärts monatliche Mitteilungen macht.“

Die Stilllegung ganzer deutscher Industrien mittels der Sachlieferungen, die angeblich zusammen mit der Dawes-Anleihe die deutsche Wirtschaft befruchten sollen, ist die Folge des Dawes-Pakts.

Diese Zerstörung der deutschen Produktion können die deutschen Arbeiter nur dadurch abwenden, daß sie die Produktionsmittel durch die Sozialisierung in ihre eigenen Hände nehmen.

### Die Kohlen bleiben teuer.

#### Vom „Preisabbau“.

Der „Deutsche Handelsdienst“ teilt, offenbar im Auftrage der Bergherren, mit, daß die Gerüchte über eine Herabsetzung der Kohlenpreise falsch sind:

„Es kann in keiner Weise an eine auch noch so kleine Ermäßigung der jetzigen Kohlenpreise gedacht werden. Vielmehr steht zu erwarten, daß angesichts der erhöhten Forderungen der Gewerkschaften hinsichtlich der Bergarbeiterlöhne das Gegenteil erfolgt. Die geringste Lohnerhöhung muß bei der immer noch schwierigen Lage des Bergbaues sich notwendig auf die Kohlenpreise auswirken. Im übrigen sei daran erinnert, daß die letzte Kohlenpreiserhöhung auch noch nicht eine einzige Preisverbilligung in anderen Wirtschaftszweigen ergeben hat, so daß der eigentliche Zweck dieses Schrittes völlig illusorisch wurde. Es mehren sich die Stimmen, die die Beibehaltung der jetzigen Kohlenpreise angesichts der unverminderten hohen Produktionskosten für unmöglich halten.“

Das ist deutlich. Vom Preisabbau wird nicht einmal mehr geredet. Eine Kapitalistengruppe macht die andere für den Preiswucher verantwortlich. Die verarbeitenden Industrien erhöhen die Preise, weil die Kohlenpreise zu hoch sind. Die Kohlenpreise bleiben hoch, weil die verarbeitenden Industrien ihre Preise nicht herabsetzen. Schließlich werden, nach üblichem Scharinachermuster, noch die Kumpels für die Preissteigerung verantwortlich gemacht. Schon lange behauptet die Presse der Schwerindustrie, daß der Lohnanteil des Bergarbeiters an dem Kohlenpreis viel zu hoch sei, obwohl einwandfrei feststeht, daß dieser Lohnanteil, verglichen mit dem Lohnanteil der englischen Bergarbeiter, sich wie 1:1,92 verhält, also um 90 Prozent geringer ist.

Die Weigerung der Bergherren, die Kohlenpreise herabzusetzen, soll ihnen zugleich als Waffe dienen beim Kampf mit den Bergarbeitern um höhere Löhne. Sie wollen die Verantwortung für den Kohlenwucher von sich auf die Kumpels abwälzen, weil diese den Bergbau einer Erhöhung ihrer Erzeugnisse, um Kosten

# Kommunistische Genossenschaften

Monatliche Beilage zur Tagespresse der KPD. / Verlag: Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin, Planufer 17

## Die Verschärfung der Genossenschaften an die Bourgeoisie.

Das Klassenbewußte Proletariat Deutschlands wird mit den reformistischen Instanzen Abrechnung halten über deren Verbrechen an der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Arbeiterbewegung. Bei dieser Abrechnung wird das, was die Genossenschaftsführer an schamlosem Sozialverrat geleistet haben, sowohl an Intensität wie Systematik alles andere übertreffen. Die Frage steht bereits so, daß zahlreiche Klassenbewußte Mitglieder ernsthaft erwägen, ob aus der Genossenschaftsbewegung nicht bereits ein solch gefährliches Zentrum von Reaktion geworden ist, das keine andere Lösung mehr übrig bleibt, als die ganze Bewegung mit Stumpf und Stiel auszuwischen. Denn das ist der Erfolg von 20 Jahren Zentralverband deutscher Konsumvereine in Hamburg, das aus dieser Gruppe von 1350 Genossenschaften mit 33 Millionen Mitgliederfamilien ein ökonomischer und politischer Machtfaktor geworden ist, der sich in den letzten Jahren in der gefährlichsten Weise gegen das Klassenbewußte Proletariat ausgewirkt hat. Die Sozialdemokratie, die in der Hauptsache die Führung der deutschen Arbeiterkonsumvereine in Händen hat, hat den Genossenschaftsapparat dazu benutzt, den Interessen der bürgerlichen Klasse zu dienen und den Interessen der Arbeiterklasse Schaden zuzufügen. Während des Krieges waren die Konsumvereine Zentren der Durchhaltepolitik und der Kriegsausbeutungsbande, nach dem Krieg haben sie ihren starken Einfluß dazu benutzt, jegliche Kommunalisierung und Sozialisierung in der Lebensmittelverteilung unmöglich zu machen, sie haben den Abbau der Wirtschaft gefördert und sich für den freien Handel eingesetzt, sie haben den Wiederbeschaffungspreis probiert, sind für die Erhöhung der Umsatzsteuer und anderer indirekter Steuern eingetreten, haben gegen die Betriebsräte, die Sturm geläutet, die Wiedereinführung der Nachtarbeit in den Fabriken verlangt, ihre Mitglieder weils Befestigung des Achtstundentags ausgeleert. Zur gleichen Zeit haben sie in den Konsumvereinen das gesamte Vertriebsabitak verpulvert durch ihre unerbittliche Geschäftsführung, die Genossenschaftsteile und Zentralverbände sind aufgebrochen, die von uns Kommunisten geforderten öffentlichen Kredite wurden abgelehnt und dafür Bankkredite aufgenommen, die die Genossenschaften bankrott machten und dem Bankrott angeschlossen haben.

können, wie sie bei Arbeitslosigkeit und Ausperrungen proletarische Hilfe leisten können, wie sie eine rote Hilfe sein können den Opfern der Klassenjustiz, wie sie bei Streiks und Kämpfen sich betätigen können als die Probantämter der Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen die Bourgeoisie. Diese kommunistische Genossenschaftsarbeit ist von Erfolg gewesen. Die Gegenkräfte zwischen den Mitgliedern und den Instanzen wurden immer schwächer. Es ist eine Opposition entstanden, die in immer härterer Weise Front machte gegen die Verschönerung der Genossenschaften an die Feinde der Arbeiterklasse. Natürlich haben diese Auseinandersetzungen den härtesten Kampf der Bürokratie gegen die Führer der Opposition, gegen die aktiven kommunistischen Genossenschaftler ausgelebt. Seit Jahren wurde gegen die Kommunisten ein Zügelstrich und eine Kampagne mit den infamisten Mitteln eingeleitet, es wurden Anträge und Flugblätter, ja im letzten Herbst eine ganze Broschüre, gegen die „kommunistischen Verbände“ herausgegeben. Der gesamte Organisationsapparat der Genossenschaftsbürokratie wurde gegen die Opposition aufgebaut. Auf dem letzten Genossenschaftstag in Ulm im Juni war ein besonderer Tagesordnungspunkt, der sich mit den Kommunisten beschäftigte und der zu einem Ausschluß der Kommunisten führte.

Aber erst ein Vierteljahr später, am 22. September, hat eine besondere Konferenz der Zentralinstanzen und der Bezirkssekretäre in Hamburg stattgefunden, die eine glatte Spaltung der Genossenschaftsbewegung beschloß, indem sie an die einzelnen Vereine den Befehl richtete, alle aktiven Mitglieder, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, auszuscheiden und Vereine mit oppositioneller Mehrheit den Ausschluß aus der Organisation androhte. Der Zweck ist sehr einfach. Die Genossenschaftsbürokratie will keine Kritik mehr hören in ihren eigenen Reihen an ihrer Schwandpolitik, mit der sie die Genossenschaften als selbständige Kampforganisationen zerstört hat. Die Genossenschaftsbürokratie will nicht mehr behindert werden an der Erfüllung ihres Programms, wonach sie aus den ehemaligen Arbeitergenossenschaften Verzeuge gegen die Arbeiterklasse macht. Die Bürokratie lebt an ihren Posten und will die Führung der Genossenschaftsbewegung nicht denen übergeben, die im Interesse der breiten Masse die Genossenschaften umwandeln wollen in Verzeuge des Klassenkampfes. Die Bürokratie will unter der Maske der „Neutralität“ ihren Verrat an der Arbeiterklasse weiter vollziehen.

Rechts haben in verschiedenen Städten Genossenschaftsversammlungen in der härtesten Weise Stellung genommen gegen diese mehrfachen Verbrechen der Zentralbürokratie, die die Einheit der Genossenschaftsbewegung zertrümmert, um auf ihrem Posten bleiben zu können und ihre Schwandpolitik fortzusetzen. Es ist die Aufgabe der kommunistischen Genossenschaftler, in diesem Abwehrkampf die Führung zu ergreifen, um die Genossenschaftsbewegung für die Arbeiterklasse zu retten und um sie umzuwandeln in Organe des Klassenkampfes.

augenblicklich bestehenden steuerlichen Belastung der Arbeiterschaft. Weg mit dem zehnprozentigen Steuerabzug vom Lohn! Weg mit der Meßsteuer! Befreiung der Konsumgenossenschaften von jeder steuerlichen Belastung.

Befreiung der schaffenden Landwirte (Kleinbauern) von jeder Last. Jedem Kleinbauern soviel Land, wie er mit seiner Familie bewirtschaften kann. Billiger Steuererlaß für die Kleinbauern. Gewährung billiger Futtermittel und Düngemittel, billigen Saatguts und langfristiger, zinsloser Kredite unter Kontrolle der Kleinbauern selbst. Befreiung der Kleinbäuerlichen Genossenschaften von jeder Besteuerung.

Sicherstellung der Ernährung der Industrieböllerung durch Beschlagnahme der Ernte bei den Großagrarern, insbesondere des Brotgetreides und der Kartoffeln, mit Hilfe der Landarbeiter- und Kleinbauern-Vertreter durch die Konsumvereine und Unterstützung der Getreideträger.

Die städtischen Konsumvereine und die bäuerlichen Genossenschaften müssen sich geschlossen hinter diese proletarischen Kampfmaßnahmen stellen.

### Unsere vierte Reichskonferenz.

Am 12. Oktober fand in Weimar die 4. Reichskonferenz kommunistischer Genossenschaftler statt, die aus sämtlichen Bezirken gut besucht war. Die Tagesordnung lautete:

1. Unsere Antwort an die Hamburger Genossenschaftsbürokratie.
2. Die Aufgaben der Genossenschaften im Kampfe gegen Lohnabbau, Teuerung und Hölle.
3. Unsere Arbeit in den nächsten Wochen.

Die Konferenz nahm in ausgiebigster Weise zu diesen Fragen Stellung und kam zu einmütigen Beschlüssen in bezug auf die stärkste und geschlossene Abwehr des frechen Angriffs.

### Die Genossenschaft im Klassenkampf.

Informations-Bulletin der Kooperativsektion der KPD, Oktoberheft 1924.

- Das Resultat des Weltkongresses in Gent.
- Die Zerschlagung der deutschen Konsumvereine durch die Instanzen.
- Der Stand der kommunistischen Genossenschaftsarbeit in Frankreich, England, Italien, Norwegen, Tschechoslowakei und Dänemark.
- Preis 50 Pf.
- Allgemeiner Genossenschaftsverlag, Berlin 23, 57.

## Der Spaltungsbeschuß der Zentralinstanzen wird durchgeführt.

Der Spaltungsbeschuß der Zentralinstanzen hat überall heftigste Empörung der Konsumvereinsmitglieder angeregt. Die Mitglieder treten auf den Plan und entlarven das reaktionäre Verstehen über die „Neutralität“. So war es auch in Ludwigshafen, wo der Konsumverein die „Neutralität“ als eine Gemeinheit mit der KPD ansah. Mit allen Mitteln wurde die KPD unterstellt und selbst der zum Vorschein kommende Verfall der KPD teilweise finanziert. Als die „Arbeiterzeitung“ diese Zustände aufdeckte, wurden sofort zwei kommunistische Angehörige ohne Angabe von Gründen entlassen. So beginnt also die Zerschlagung der Genossenschaften!

## Die Gothaer Kampfforderungen.

Der vom Ortsauschuß des AFDG und der Solvay-Anstalt der Betriebsräte Gothaes Anfang Oktober erlassene Aufruf, dem sich Hunderte von Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen anderer Städte bereits angeschlossen haben, enthält in bezug auf die Genossenschaften folgende Punkte:

Erheblicher Kampf gegen jede neue steuerliche Belastung der Arbeiterschaft. Zugleich Kampf für die Aufhebung der

der Hamburger Genossenschaftspalster auf die Einheit der deutschen Konsumvereinsbewegung. Bei der Beschäftigung mit der politischen Lage und dem Dasein-Gutachten wurde beschlossen, auf der alten Linie fortzufahren und alles daran zu setzen, aus den Genossenschaften brauchbare Verzeuge des proletarischen Klassenkampfes zu machen. Die Konferenz, die ein neues Stück positiver kommunistischer Genossenschaftsarbeit geleistet hat und von ausgezeichnetem Kampfwillen getragen war, schloß mit der Parole: Kommunisten, hinein in die Genossenschaften, unerbittlicher Kampf gegen die Sozialverräter und die Zerschlagung der genossenschaftlichen Einheit, Umwandlung der Genossenschaften in Organe des Arbeiterkampfes.

## Deutliche Antwort an die Genossenschaftszerstörer.

Bei den Wahlen zur Vertreterversammlung der Konsumgenossenschaft Halle erhielt die Linie der Kommunisten 1923 gegen 157 Stimmen im Vorjahr. Die Linie „Genossenschaftlicher Aufruf“ (KPD) 63 gegen 59 im Vorjahr.

Die Wahlen in Halle fanden unter dem Zeichen der Auslöschung, die die Genossenschaftsbürokratie gegen die Opposition betrieb. Auch der Konsumverein Halle hat von den Instanzen ein Ultimatum erhalten, das die Einstellung der Klassenbewußten Genossenschaftsarbeit verlangt. Durch die Wahl in den Vereinen eine deutliche Antwort geantwortet.

## Genossenschafts-Resolution des 5. Weltkongresses.

Der 5. Weltkongress der kommunistischen Internationale in Moskau hat, wie die früheren Kongresse, wiederum zur Genossenschaftsfrage Stellung genommen. Die Resolution über die Rolle der Genossenschaften und die Mission der kommunistischen Genossenschaftler in der gegenwärtigen Periode der proletarischen Revolution stellt fest, daß die herausgehobenen 3 Jahre kommunistischer Genossenschaftsarbeit gezeigt haben, daß die Beschlüsse der letzten Konferenz, und die kommunistische Taktik in den Genossenschaften als vollkommen richtig erwiesen haben und daher bestätigt werden. Die neue Resolution nimmt zu einer Reihe von wichtigen Forderungen, wobei wir die wichtigsten aufzählen:

lichen, müssen ihr Kontakt und ihre gemeinsame Arbeit mit den Gewerkschaften erhöht werden. Besonders notwendig ist ihre Verbindung mit den linken Gewerkschaften und im internationalen Maßstab mit der linken Gewerkschaftsinternationale von Moskau. Dieses Bündnis wird um so nützlicher sein, als eine Realisation zwischen der Amsterdamer Internationale und der Genossenschaftsinternationale bereits durchgeführt wurde.

Gegen den Faschismus.

Was die faschistische Gefahr anbelangt, so müssen die kommunistischen Genossenschaften mit den anderen Arbeiterorganisationen die Einheitsfront bilden und die Bauernorganisationen gegen den Faschismus führen. Außerdem ist es notwendig, Organe zur Verteidigung und zur Vorbereitung bewaffneter Kämpfe zu bilden, um eine Zerschlagung der Genossenschaften, wie sie in Italien stattgefunden hat, unmöglich zu machen. Wo der Faschismus die Macht besitzt und sich der Leitung der Genossenschaften bemächtigt hat, dürfen die kommunistischen Genossenschaftler die Reihen nicht verlassen. Sie müssen ihre Tätigkeit im Geheimen fortsetzen und, sobald die Interessen der Arbeiterklasse es erfordern, offen handeln.

## Die Kooperativ-Sektion ruft auf!

In einem Aufruf der K. S. (Gen) an die wertvolle Bevölkerung Deutschlands wird Stellung genommen zu der Spaltungsaktion der deutschen Genossenschaftsbürokratie, in welchem es zum Schluß heißt: „Die Opposition gegen die Genossenschaftspolitik und Praxis, die unter Führung der Kommunisten an einzelnen Orten der Bürokratie trotz aller Verleumdungen und Verleumdungen wieder ihrem ursprünglichen Zweck dienstbar machen will, und zu Organisationen umzuwandeln, die die wertvollen Massen mit billigen und guten Verbrauchsgüter versorgen. Diese Opposition und vor allem die jährlichen Konferenzen sollen ausgeschrieben werden, damit die Genossenschaftsbürokratie ungehindert von den herausgehobenen Genossenschaftsarbeitern die Konsumvereine auflösen können.“

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Das werden ihr nicht gelingen!

Denkwerdet ihr die Opposition gegen die Opposition und die Genossenschaften, die die Genossenschaften retten wollen, mit einer Genossenschaft. Dabei nicht, daß die wirtschaftlichen und politischen Genossenschaftler zusammenarbeiten werden, sondern werft überall die reaktionäre Bürokratie aus den Genossenschaften.

Stützt die Genossenschaften von den politischen Vertretern der Arbeiterklasse!

Stützt die Genossenschaften von den Konsumvereinen, die die Genossenschaften des Proletariats der Bourgeoisie ausgliedern wollen!

Schlicht auch zusammen zur Rettung der Genossenschaften aus den Händen der bürokratischen Bürokratie.

Macht die Genossenschaften wieder zu Organen der Zusammenarbeit der Arbeiter und Arbeiterinnen, zu Organen des proletarischen Klassenkampfes!

Kommunistische Arbeit in den Genossenschaften.

Die Organisations-, Bildungs- und Propagandaarbeit innerhalb der Genossenschaften hat während der gegenwärtigen Periode der proletarischen Revolution größte Bedeutung als jemals. Die Spannung auf materielle Vorteile löst sich für Arbeiter und Bauern in die Genossenschaften, die noch nicht zum Bewußtsein der Revolutionären, zum am Klassenkampf der politischen Parteien und Gewerkschaften zu werden, gelangt sind. Unter diesen Umständen bilden die Genossenschaften innerhalb der Organisations der proletarischen Klasse einen außerordentlich wichtigen Faktor. Die letzten besonders wichtige Aufgabe bei der Organisation der proletarischen Massen, die keinen Gewerkschaftsorganisationen angehören, so sie in keinem Unternehmen arbeiten. Darum gehört die Tätigkeit unter den unabhängigen Massen der Arbeiter und Bauern und besonders der Frauen zu den ersten Pflichten der Genossenschaften.

### Wichtige Beschlüsse!

- a) alle Mitglieder der kommunistischen Parteien der Genossenschaften beitreten müssen; sie sind verpflichtet, innerhalb der Genossenschaften kommunistische Zellen zu bilden und mit den anderen Elementen der proletarischen Opposition Fraktionen zu bilden. Jede Aktion muß zuerst von den Zellen begutachtet und immanet von den Kommunisten durchgeführt werden.
- b) alle die Arbeit in den Genossenschaften berührenden Fragen von den kommunistischen Parteien unbefuglich geprüft werden und daß alle Parteiorgane ihren Beitrag dazu leisten müssen. In allen Konflikten, ob wirtschaftlicher Natur, müssen die Genossenschaften, gleich dem Proletariat, zur Verteidigung herangezogen werden;
- c) jede kommunistische Partei muß energische Mitglieder mit der Genossenschaftsarbeit betrauen;
- d) die Parteipresse muß den Fragen der Genossenschaftsarbeit den besten Raum widmen. Die Tageszeitungen müssen, wenn möglich, Genossenschaftsbeilagen bringen; eine kommunistische Genossenschaftsliteratur ist so bald als möglich herauszugeben und zu verbreiten;
- e) die Beschlüsse des 3. und 4. Kongresses über genossenschaftliche Organisationen der Genossenschaften und Genossenschaftler (siehe die Beschlüsse des 2. Kongresses der KPD von 1923) müssen von nun an in allen Ländern durchgeführt werden.

Arbeiter und Bauern.

In den kapitalistischen Ländern ist der Zug des Proletariats abwärts der Massen unumkehrbar. Darum müssen die Genossenschaftsarbeitler kämpfen für die Zerschlagung der Arbeiter und Bauern durch die Arbeiter und Bauern.

Eine vorzügliche Gelegenheit dazu bietet uns in den Organisationen der unabhangigen Arbeiter der verschiedenen Genossenschaften und den Bauerngenossenschaften andererseits entgegen.

Auf diese Weise werden die Gewerkschaften und Arbeiter, die sowohl Bauern als Arbeiter ausmachen, aus dem Gefolge der Bürokratie befreit und der Umwandlung der Genossenschaften in die Internationale Bauernkongress in seinem Bewußtsein über die Genossenschaftsarbeit erheben.

Diese Handlung ist nicht nur für den proletarischen Kampf wichtig, sondern ist auch das Fundament des proletarischen Klassenkampfes.

Die Bewegung der Genossenschaften ist ein notwendiges Element der proletarischen Bewegung.

Um die Klassenkennzeichen der Genossenschaften zu verteidigen!

# Betrieb und Werkstatt

## Ausbeutesystem

### der Vereinigten Holzindustrie Breslau (Matthiaswerk).

Das Ausbeutesystem der Vereinigten Holzindustrie nimmt immer größere Formen an. Nach der Annahme des Ermäßigungsgesetzes verordnete auch dieser Unternehmer, eine neun- und zehnständige Arbeitszeit durchzuführen, welches ihm auch durch die unternehmerfreundliche Weisung einiger Arbeiter ohne Mühe gelang. Nun, wie steht es aber mit dem Lohn bei diesem Ausbeutesystem? Ein verheirateter Arbeiter, ganz gleich wieviel Kinder, oder ein unverheirateter über 22 Jahre verdient wöchentlich 22 Mark. Arbeiter unter 22 Jahren verdienen wöchentlich 18 Mark.

Um die Proleten recht tüchtig zu schinden, hat der Unternehmer zwei extra bezahlte Arbeiter mit Namen Ernst Krause und Hermann Gebel. Während sie ihre Kolonne antreiben, um recht viel Arbeit zu leisten, erhalten diese zwei einen Wochenlohn von 43 Mark, die Proleten aber, welche recht kräftig schlafen müssen, einen Lohn von 22 Mark. Welch Unterchied zwischen dem Lohn des Kapitalistischen, der die Arbeiter antreibt, und dem des Proleten, der die Arbeit macht. Aber nicht genug, auch Prügelhiebe zeichnen sich in diesem Bettelsteig vor dem Unternehmer aus. Wir würden dem Herrn Betriebsleiter einmal vorschlagen, das Prügeln der jugendlichen Arbeiter zu unterlassen und dafür den Kopf in den Abort zu stecken. Seit acht Wochen ist das Klosett nicht mehr gereinigt worden, so daß man schon Angestrichene erblicken könnte. Also Herr Betriebsleiter, nicht die Nase nach Fehlern der jugendlichen Arbeiter stecken, sondern ins Klosett, wo sie als Nase des Betriebsleiters hingehört. Auch ein etner Geldwechsel markierenden Arbeiter haben wir, den Wagnermeister Kusche. Das Maul dieses Wagnermeisters gäbe den schönsten Radio-Lautsprecher. Er steht so aus, als hätte er beim Kommis recht viel Würgemeine gegessen, um eine kräftige Stimme zu bekommen. Alle Proleten dieser Firma müssen sich in den Gewerkschaften organisieren. Nur geschlossen könnt ihr gegen diese Ausbeuter ankämpfen.

## Sindenburg.

### Firma Ellinger, eine Hochburg der Ausbeutung.

Auf der Suche nach Arbeit kam ich auch an die Arbeitsstelle (Sandverlag) der obengenannten Firma. Da der Schachtmeister nicht da war, und ich auf ihn warten mußte, habe ich den dort beschäftigten Proletariatsmädchen zugehört, wie sie gearbeitet haben. Aus Interesse gehe ich an einige heran und frage sie nach dem Schichtlohn. Die Befragten erwiderten, daß sie, sage und schreibe, 1,26 Mark auf die Schicht haben. Für die 1,26 Mark müssen 18 Arbeiterinnen 300 und noch mehr Kippwagen Sand füllen; der Aufseher steht dabei und dauernd hört man nur die Worte „Los, los“. Unterdessen ist auch der vollgefressene Feinbrot-Arbeiter angekommen, der bei der Firma als Schachtmeister angestellt ist und die Befugnis hat, Leute einzustellen. Dieser saubere Herr hat mich angeordnet, was ich hier zu suchen habe. Nun habe ich ihn gefragt, ob ich Arbeit bekommen könnte. Doch dieses Unikum sagte mir ein großes „Nein“ und ich sollte machen, daß ich wegkomme.

Auch aber, Arbeiter und Arbeiterinnen der obengenannten Firma, rufe ich zu, laßt Euch nicht antreiben und ausbeuten, kämpft für höhere Löhne und für die Befreiung der Arbeiterklasse. Denn unser ist die Zukunft! Erfolg alledem!

Einiger, der schon ein halbes Jahr arbeitslos ist.

## Biskupitz.

### Ein Arbeiter, wie er nicht sein soll.

An der Steinhalle der Grube Hedwig-Wunsch-Borsig gehen täglich Frauen und Kinder, um die dort mit den Steinen gekippten Kohlen zu sammeln. Da dieses nach den Angaben mehrerer dort Beschäftigter erlaubt ist, hoffen die Sammelnden, sich durch Einbringen einiger Simer Kohlen vor dem Erfrieren im Winter zu schützen. Aber recht oft erschellt auf der Halde der Arbeiter Kallhja aus Biskupitz und vertreibt die Frauen durch Steinwürfe. Kallhja, seines Zeichens Deutschenesser, hat es wohl schon vergessen, daß er 1922 mit zerbrochenem Schädel von den Polen über die Grenze geschoben worden ist. Doch ist er nicht gegen jedermann derselbe, erhält er von jemand die Mittel zum Schnaps, dann darf die betreffende Person weiter klauen. Dieses wurde uns Frauen denn doch zu bunt und am Donnerstag, den 23., ging es mit unserer Geduld zu Ende. All das, was uns dieser Kerl angetan hat, zahlten wir ihm in Form von gebrannter Asche zurück. In der nächsten Zeit wird er uns wohl in Ruhe lassen. Kallhja, wir haben dir einen Benzettel gegeben, willst du nun einmal einen Posten haben, so versuche es auf eine Art, aber uns Frauen betätige nicht. Sag' einmal, wirst du nicht genau so ausgebeutet wie wir? Gehe hin und schließe dich unseren Männern, welche auf der Straße liegen, an, und gehe mit ihnen gemeinsam gegen das Grubenkapital, dann brauchen wir keine Kohlen so mühsam zu suchen, sondern haben dann alle in Fülle, weil die Produktion dann unsere ist.

Mehrere Frauen.

## Die Ausbeutung auf der Sosnigagrube.

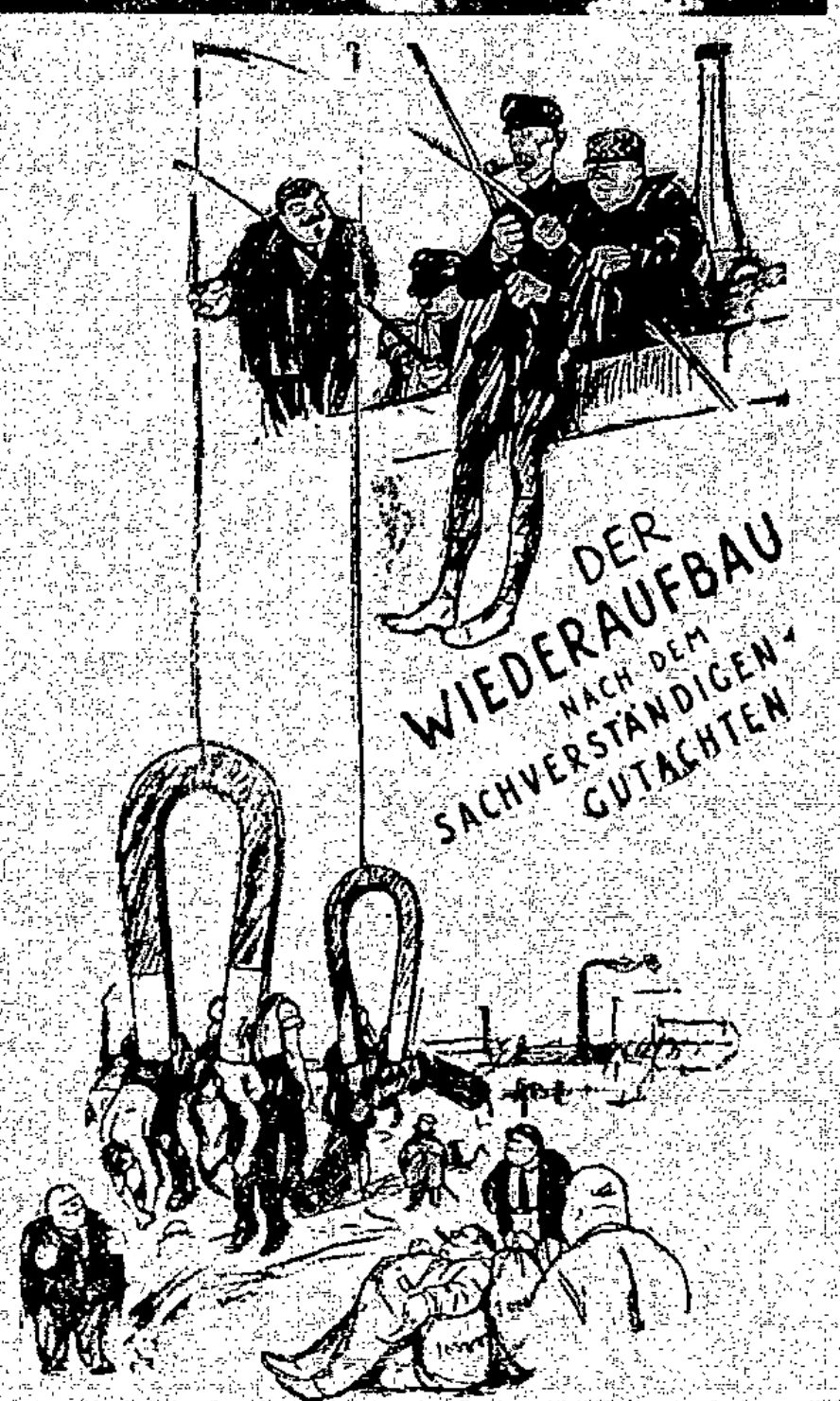
Wie die Arbeit „so der Lohn“, wird von der Betriebsleitung gelagt, es ist in Wirklichkeit aber umgekehrt. Bei dieser hohen Soll-Leistung und dem zu niedrig bemessenen Gehalt ist es nicht möglich, einen Schichtlohn von 5,20 Mark zu verdienen. Eine ganz besondere Zucht, die seitens der Betriebsleitung eingeschlagen wurde, die Löhne unter Tarif auszahlen. Hoffentlich werden es aber die Kumpels verstehen.

dem Uebel abzuheben, indem alle unter Tarif Ausgezählten den richtigen Weg gehen und das Arbeitsgericht anrufen, vor allem auch nicht die Organisation vergessen. Schlitzen und Ausbeutung sind hier auf der Anlage an der Tagesordnung; ein Teil der Kollegen will es nicht einsehen, daß Kollegen es für richtig befinden, sich einer Organisation nicht anzuschließen, und so ist es hier möglich, die angebrachte Zucht fortzusetzen. Es ist nicht genug, daß der Bauer bei der hohen Soll-Leistung die Zahl der Kosten-Förderung leisten kann. Deht hat die Betriebsleitung noch zwei neue Antreiber eingestellt, auf Grund der Forderung mehr Stücklohn herauszubolen. Ein oberleitender Bauer kann keine Stücklohn schießen, so hat die Betriebsleitung einen Bergarbeiter aus Westfalen kommen lassen, ein neues Rezept für den Arbeiter, nicht etwa, um ihn zu belehren, Stücklohn zu fördern, sondern um das alte preussische Haudegen-System einzuführen. Mit seiner Theorie aus Westfalen wird er nicht viel Glück haben, Stücklohn mehr zu gewinnen.

Was die Kartoffelabgabe anbetrifft, müssen wir es durch die Wucherabteilung untersuchen lassen, sonst könnte dasselbe einreiben wie im Vorjahr: das ganze Jahr auf Kartoffelabgabe arbeiten und ohne Geld nach Hause gehen.

Kollegen, Arbeiter, wie lange wollt es Ihr noch dulden, unter solchen Schlitzen für den schlechten Lohn und die sonstigen Entbehrungen zu schufteln. Steht Euch in die Reihen der Organisierten, denn nur dann ist es möglich, das Wohlwert des Kapitals zu erschüttern.

Ein organisierter Arbeiter der Sosnigagrube.



DER WIEDERAUFBAU NACH DEM SACHVERSTÄNDIGEN GUTACHTEN

## Der Unternehmer wird fett — die Arbeiter hungern

Ein ganz gemeiner Ausbeuter ist der Fabrikbesitzer Fritz Woydt, welcher am 11. 12. 1922 mit einem Wochenlohn nach Hause über neun Stunden arbeiten und schickt sie mit kaum 10 Mark Wochenlohn nach Hause.

Dabei gedeiht der Herr Lohse sehr gut und wird jeden Tag fetter. Einem Dienstmädchen jedoch gibt er nur noch Kuchenschnitt auf das Brot zu schmieren.

Wie lange werden sich die Arbeiter das Benehmen dieses Antreibers gefallen lassen?

## Unternehmer bricht die Tarife.

Ein Tiefbauunternehmer als bekannter Lohnbrüder ist der Herr Hoff von Waldenburg. Erh Bereinbarung durch Verhandlungen mit Arbeitnehmern und Arbeitgebern hält es dieser Herr nicht für nötig, den vereinbarten Lohn für die Tiefbauarbeiter von 44 auf 50 Pfg. Stundenlohn zu zahlen, sondern betont, daß die Grube nicht mehr bezahlt. Wir wissen wohl, daß die Grubenarbeiter nicht mehr bezahlen wollen als 42 Pfg. die Stunde, trotzdem die Vereinbarungen für die Gruben-Tiefbauarbeiter auf 46 Pfg. lauten. Wir wissen aber auch ganz genau, daß der Herr Hoff sämtliche Arbeiten auf die Verweigerungen hinzieht, und zwar ein Beispiel.

In der Villa von Vohl beschäftigt der Herr Vohl einige Arbeiter beim Abtragen des Hofgeländes, wo sich selbst der

Sohn des Besitzers wundert, daß der Herr Hoff das Tariflohn nicht bezahlt. Ein Wunder ist es nicht, wenn dieser Herr sich auch noch darauf versteht, keine Arbeiter einzustellen, die im Baugewerksbund organisiert sind. Da die Kollegen dem Verband den Rücken drohen und betonen, die Organisation nicht uns nichts, darum die Verweigerung der Tariflöhne und die Schlitzen der Arbeiter durch die Unternehmer.

## Aus der Provinz

### Die Angst vor den Arbeitern.

#### Die Waldenburger Stadtverordneten und — wir!

Die letzte Sitzung der Stadtverordneten stand im Zeichen des Kampfes gegen die Kommunisten. Die Einheitsfront, angefangen bei dem deutschen Arbeiter, früheren Fabrikarbeiter, jetzigen Kaufmann Menzel, bis zu dem sozialdemokratischen Stadtrat Direktor war hergestellt.

Anlaß hierzu gab eine Zuschrift des Rechtsanwalts Walter, die betrug, daß er nicht im Besitz von Aktien der Wirtschaftsbank Bayern sei, und deshalb weder direkt noch indirekt an dem Bankrott der Stadtbank mitschuldig sei. Bei dieser Gelegenheit verlangte Herr Menzel von der kommunistischen Fraktion, sie solle die Erklärung abgeben, daß Herr Dr. Walter von ihr zu unrecht und wider besseres Wissen in den Stadtbankbankrott hineingezogen worden sei. Direktor benötigte gleichfalls die Gelegenheit, eine Attacke gegen die Kommunisten zu reiten. Die von diesen Hunderten besuchten Versammlungen die sich mit der Stadtbankaffäre befaßten, waren für ihn Kadaverparaden. Er persönlich stehe unantastbar da. Die eine Aktie der Wirtschaftsbank Bayern sei schon beim Kauf nur den astronomischen Bruchteil eines Vermögens gewesen (wer glaubt es ihm?). Bei der Stadtbankaffäre spielte er überhaupt keine Rolle. Fleckenlos sei seine weiße Stadtbankweste. Verichtigungen schide er an letzte Zeitung. Aber er laue auf jede Gelegenheit, um dem Gegner einen Prozeß an den Hals hängen zu können. Zweimal sei von ihm bereits der Staatsanwalt gegen unseren Genossen Samann und einmal gegen den Verantwortlichen der „Arbeiter-Zeitung“ in Bewegung gesetzt worden. Er bedauere es sehr, daß seine Freunde ihm aus den großen Versammlungen keine Berichte gebracht haben, damit er auch diesen Rednern ebenfalls einen Prozeß anhängen kann. Unsere Genossen Franz forderte er auf, nochmals das zu wiederholen, was Franz in der vorhergehenden Sitzung zur Stadtbankaffäre geäußert habe, um auch auf ihn den Staatsanwalt hegen zu können.

Genosse Franz erwiderte Herrn Menzel eine ganz gehörige Antwort. Die kommunistische Fraktion habe seinen Anlaß, eine Anschuldigung gegen Dr. Walter zurückzunehmen, die sie ja gar nicht erhoben habe. Wenn Dr. Walter erklärt, er sei nicht im Besitz von Aktien der Wirtschaftsbank Bayern — nach den Feststellungen des Stadtbankprokuristen ist es tatsächlich so —, wird die „Schlechte Arbeiter-Zeitung“ die Sache richtig stellen. Aber fest steht, daß ein Herr Walter aus Waldenburg Aktienbesitzer der Münchener Schieberbank ist. Herr Direktor erwiderte er, trotz aller großen Töne, die der Stadtrat hier anschlägt, stehe doch fest, daß er Teilhaber an einem mehr oder weniger unternehmen sei. Ob er dabei Schieber, Gescheuer oder gar nichts sei, stehe gar keine Rolle. Daß ihm bei seinem Kampf gegen die Kommunisten der Staatsanwalt bereitwillig zu Diensten sein werde, bezweifeln wir nicht. Zu den „Kadaverparaden“ übergehend, richtete er an Direktor die Frage, ob das Kadaver sei, wenn ein Diskussionsredner eine halbe Stunde lang das Wort erhalte? Direktor sollte sich doch von seinen Spitzen bessere Berichte bringen lassen. Genosse Franz wiederholte nochmals, was er in der vorigen Sitzung zu der Stadtbankaffäre gesagt hatte. Mit scharfen Worten kennzeichnete er die SPD, als das, was sie ist. Eine Schutztruppe der Kapitalisten, die auch in diesem Falle durch ihre Presse Reichsbanner usw. sich schützend vor die Schieber und Betrüger stellen und nichts für die Kriegsschädigten übrig haben. Denn sie können gemeinlich mit den Bürgerlichen 10000 Mark für die Kriegsschädigten ab.

Genosse Malzer führte der sozialdemokratischen Fraktion noch vor Augen, daß sie alles das tue, was ihr von ihrem Stadtrat Direktor zu tun oder zu lassen befohlen wird.

Die weiteren Punkte der Tagesordnung wurden dann sehr schnell erledigt. Zurückgestellt bzw. abgelehnt wurden zwei Anträge und eine Anfrage der Kommunisten. (Natürlich) Bewilligt wurden 700 Mark zur Bewilligung von Wählern. Im letzten Augenblick zurückgezogen wurde eine Vorlage, die dem Schlachthofdirektor Orosch, der jetzt schon mehr wie 3600 Mark Gehalt bezieht, eine weitere Gehaltserhöhung zu billigen sollte.

Nachdem aufgeführt ist, daß Rechtsanwalt Dr. Walter mit dem Wirtschaftsbank-Aktieninhaber Walter, Waldenburg, nicht identisch ist, fragen wir den Waldenburger Magistrat an: Wer ist denn der geheimnisvolle Walter?

## Geschäftliches.

Das allseitig seiner preiswerten Angebote wegen in der Konfektion bestens bekannte Wiemohaus, Reuswestraße Nr. 20/21, bringt nach Erweiterung und Umbau des Geschäfts, wie aus dem heutigen Inserat ersichtlich, einige billige Verkaufstage. Es ist das Bestreben des Wiemohauses, beste Qualität und billige Preise. Es ist jedem Genossen zu empfehlen, seinen Bedarf dabeifst zu beden. Beachtung ohne Kaufzwang.

Verantwortlich für den genannten Text: Rudolf Belle, Breslau; Inserate: Arur Müller, Breslau; Verlag: Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesiens, e. V. m. B. S., Breslau. Druck: Neubau-Berlin, Filiale Breslau.

# B. R. E. S. L. A. U

**Kauser Nachf.**  
Breslau  
Waldenstr. 18  
Telephon Ring 2168

**Ganz- und Küchengeräte**  
**Eisen- und Stahlwaren**

**Textilhaus Liebe**  
Kupferschmidestraße 13  
Blusen, Kleider, Röcke, Unterröcke, Kinderkleider  
Nur eigene Fabrikate

**Kaufhaus am Dom**

Empfehle  
alle Artikel für Haus und Küche  
Luxus- und Spielwaren  
zu ermäßigten Preisen.

**Herr. Sech. Nachf.**

**Herz**  
Schuhwarenhaus  
Ludwig Herz  
Blücherplatz 4

**Herm. Rafai**  
Matthiasstraße 66  
Preiswerte Arbeitsschuhe (Handarbeit), sämtliche Reparaturen, preiswert und sauber. Große Auswahl in Pantoffeln, Haus- und Filzschuhen, Gummisäbste und Gummischuhen.

**Hamburger eisenblechte Arbeits- und Berufsbeleidung**  
für Werft-, Hafen- und Bauarbeiter  
Spezialität: Blaue Marine-Tuchhosen  
Rosplatz Nr. 28

95, 1,95, 2,95, 3,95, 4,95, 5,95

# SERIENNEUWOCHE BARASCH

**Beginn:** **Durch wochenlange Vorbereitungen und durch Anschaffung großer Warenmengen zu enorm billigen Preisen bildet unsere Herbst-Serien-Woche auch diesmal wieder eine Verkaufs-Veranstaltung größten Stils.**

**Theater**  
Sonntag 2.11.1924:  
Stadttheater  
„Lobengru“  
Festtheater  
„Der Herrgott“  
Theater  
„Der Herrgott“  
Theater  
„Der Herrgott“  
Theater  
„Der Herrgott“

**Schauspielhaus**  
Operettenbühne  
Tel. Nr. 2545.  
Sonntag 7 1/2 Uhr  
„Der Hampelmann“  
Sonntag, 8 1/2 Uhr:  
„Die Kniebühler“  
„Die Kniebühler“  
„Die Kniebühler“  
„Die Kniebühler“  
„Die Kniebühler“  
„Die Kniebühler“  
„Die Kniebühler“  
„Die Kniebühler“  
„Die Kniebühler“  
„Die Kniebühler“

**Lieblich-  
Theater**  
November 1924  
Täglich 8 Uhr

**Okito**  
Illusionen aus 1001 Nacht

**Lord Ain**  
Das Wunder der Stimme

**London Sonora Band**  
Die beste Jazz-Kapelle der Welt vom Savoy Hotel in London.

**Tanz-Gastspiel  
Hans Jansen-Jackobs**  
v. Scala-Theater in Kopenhagen mit Lo Castini und Ria Delmar

**Duncans Collies**  
Der Gipfel der Hundedressur

**H. n. H. Bradna**  
Die köhnen Akrobaten

**Blm und Bom**  
Musik und Humor

**5 Bernetts 5**  
gymnastischer Akt

**Kara and Sek**  
im amerik. Lunapark

**Willy Ziegler**  
Humorist

**RADIO**  
Gutschein über 1 Rentenmark beim Einkauf von 20.— Mark 50 Pfg. beim Einkauf von 10.— Mark. Erhöhtem stauend billige Preise Doppeltonhörer 4000 Ohm 8.30 Mk. Doppeltonhörer 3000 Ohm 7.80 Mk. Komplette Apparate von 3.50 Mk. an Radio-Apparate. Per Sek. 1000 Ohm 19 Mk. Beständige Garantie für vollkommenen und einwandfreien Empfang bei Radio-Apparaten und Hörern.  
**Radio-Haus, Wachtplatz**  
Tel. Nr. 2111. Straße 10, Ecke Schmalzstr.

**Amtl. Bekanntmachung von Weisklein.**  
Bestellungen auf freistehendes Kartoffel-Gutgut.  
Vorzellenbesitzer des Bau- und Sparvereins haben umgehend ihre Bestellungen beim Bezahler, Herrn Gustav Berger hier, Feldstraße Nr. 6 und Vorzellenbesitzer der Jagdsgrube haben sich umgehend im Verwaltungsbüro der Jagdsgrube, Weinstraße Nr. 15 anzubringen.  
Weisklein, den 29. Oktober 1924.  
Der Amtsvorsteher Stellv. Scholz.

**Amtl. Bekanntmachung von Nieder-Salzbrenn.**  
Am Sonntag, den 2. November 1924, vormittags 7 Uhr, findet eine Übung der Feuerlöschpflichtigen des Ortsteils „Muntenende“ statt.  
Sammelplatz: „Wienberg Nr. 1 an der Brücke.“  
Ansprüchliches Erlöszen und unentgeltliches Herablassen wird befohlen.  
Nieder-Salzbrenn, 28. Okt. 1924.  
Der Amtsvorsteher Stellv. Jara.

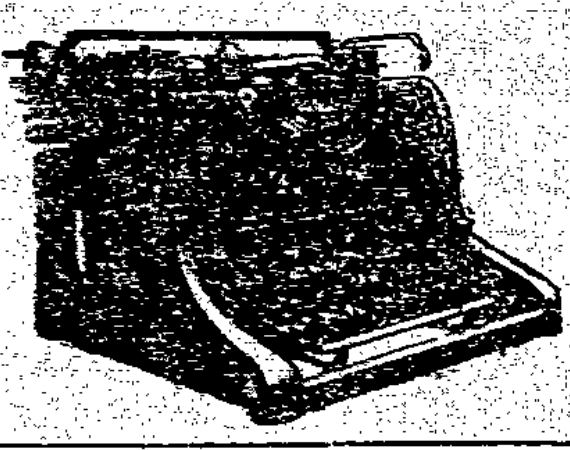
**Amtl. Bekanntmachung von Gottesberg.**  
Der Jagdwartungsvertrag für den gemeinsamen Jagdbereich der Gemeinde Gottesberg liegt im Rathaus-Gebäude — 3. Stock — vom 2. bis einl. 17. November d. J. zur Einsicht der Jagdwarte aus. Gegen den Plan ist binnen 2 Wochen nach Auslegung der Einsprüche zulässig.  
Gottesberg, den 29. Oktober 1924.  
Der Jagdwartverwalter Stellv. Dr. Steitzmann.

**Extra billige Verkaufstage zu fabelhaft billigen Preisen!**  
Einige Beispiele:

Guter Waschtuch-Bezug mit 2 Kissen	7.50	Handtücher Gerstenkorn m. bunter Kante p. Mtr.	0.42
Guter Linon-Bezug mit 2 Kissen	8.75	1 Posten weiße Damast-Handtücher 116 cm lang St.	1.10
Gestrickter Bezug	10.95	Weiber Molton gute Qualität per Meter	0.85
Bettlaken aus gutem Kraes	3.50	Hemdenbarchent per Meter	0.75
Untertaille mit breiter Stecker	0.95	1 Posten Schlafdecken	1.20
Damenhemd mit holzsaum, gute Qualität Stück	1.65	1 Posten Foller-Tücher	0.20
Damenbeinkleider gute Qualität Stück	1.65	1 Partiestaschen Taschentücher Stück v.	0.10
Ein großer Damenjumper-Schürzen Stück	1.20	Damenmäntel	9.45
Zusatz 5 cm breit per Meter	0.85	Damenkleider schwere Qualität	3.50
leitet 50 cm breit, gute Körper-Ware per Meter	1.20	1 Kostposten Musseline-Blusen	0.75

usw.

**„Wiemohaus“**  
Reuschestraße Nr. 2021.



**Schreibmaschine Deutschland**  
mit Zweifarbband 825  
**ersklassig!**  
**Bequeme Teilzahlung**  
(ganz geringe Anzahlung).  
Verlangen Sie Prospekt Nr. 272.  
J. Max Koch, Neustadt (Orla).

**Achtung!**  
**Billige Fahrräder**  
von 78.— Mk. an.  
Reparaturen sauber und billigst.  
Reparatur-Werkstatt  
Gellhornstraße 28.

**Naumann-Nähmaschinen**  
für Haushalt und Gewerbe empfiehlt  
**Alfred Schlesinger**  
Schmiedebrücke 29a, Tel. R. 5864, O. 6260.  
Am Wazsch-Zahnwerkzeughaus.

Wer zahlt:  
**Der Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleinbauer, Rentner?**

?

Wer soll zahlen? — Wer muß zahlen?

?

Preis 10 Pfg.

Verhandlung der Produktiv-Genossenschaft Breslau, Trebnitzer Str. 50.

„Wer zahlt die Kosten des Londoner Friedens?“

?

**Kommunistische Jugend**  
Jung Sportvereine...  
2. November, 10 Uhr, Treffpunkt: 10. 1. 1925  
Treffpunkt: 10. 1. 1925

**Amtl. Bekanntmachungen von Breslau.**  
Som 1. November 1924 ab dürfen für Anrufe und Postkarten von Gottesberg und Brückwitz nur die nachstehenden Preise geltend gemacht werden:  
**I. Satzgebühren**  
Bei einer Menge von 1—10 Stk. 30 Pfg.  
„ „ „ 11—30 „ 21 „  
„ „ „ 31—50 „ 14 „  
„ „ „ über 50 „ 10 „  
für den Rentner.  
**II. Abtrag**  
Für jeden Rentner 6 Pfg. bei einer Entfernung von über 50 m vom Besten oder bei Nutzung über 6 Stufen erhöht sich der Preis um 50%.  
Breslau, den 29. Oktober 1924.  
Städt. Betriebsverwaltung.  
Am Montag, den 2. November 1924, findet die städtische Gewerkschaften zu entscheiden:  
1. Bis zum 12. November

**PEUVAG**  
Papier-Erzeugungs- und Verwertungsgesellschaft Berlin  
Filiale Breslau  
Trebnitzer Str. 50  
Abteilungsleiter:  
Buchdruckerei  
Siehe bei der Filiale Breslau:  
**Programme**  
**Eintrittskarten**  
**Briefbogen**  
**Plakate**  
**Rechnungen**  
**Staubblätter**  
in alle Druckereien, Schreibereien und Buchbindereien  
Breslau, den 1. November 1924.  
Städt. Gewerkschaft.

**Genossen! Sammelt eifrig Taschentücher!**

**Haftieren, Haarschneiden**  
**Paul Volkmer**  
Bismarckstr. 14, I. Etg.  
Reibung unter Taschentüchern